

überhaupt Höhepunkt des Kongress empfunden wurde. Das Kongress als internationale Vertretung der nichtstaatlichen Organisationen konnte dieser Auseinandersetzung schon deshalb nicht ans dem Wege gehen, weil es, wenn es Einfluss auf das Weltgeschehen gewinnen will, vor allem mit der Organisation in Verbindung treten muß, die die verhältnismäßig umfängliche Repräsentation der bestehenden politischen Staatensysteme ist. Das ist freilich nicht mehr als „Repräsentation“ d. h. anerkannte, formale Vertretung bestimmter Nationen, die teils gezwungen, teils um des äußeren Scheines willen, teils aus Nützlichkeitgründen, vor allem aber aus egoistischen Gründen kaum verhärteter Gewaltpolitik Mitglieder geworden sind, ist offenes Geheimnis, und so konnten die Kommissionsbeschlüsse auch ohne deutsche Mitwirkung nur sehr zurückhaltend und bedingt ausfallen. Sie enthalten in maßvoller Form eine unmissverständliche Kritik: der Völkerbund wird dem christlichen Wohlwollen empfohlen in der Hoffnung, daß er durch Annahme an Zahl seiner Mitglieder und an moralischem Einfluß eine praktische Tätigkeit entfalten werde. Gleichzeitig soll es die Konkurrenz für ihre Pflicht, noch einmal ausdrücklich auf die Verpflichtung zu internationalem Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten hinzuweisen und spricht damit indirekt aus, daß bisher nicht einmal diese fundamentale Aufgabe des Völkerbundes irgendwie erfüllt worden ist.

Man wird vom überparteilichen Gesichtspunkt des Kongress aus anerkennen müssen, daß die Ausschlußbeschlüsse bis an die Grenzen des Möglichen gegangen sind, wenn man den Gedanken an eine internationale Völkervertretung nicht von vornherein preisgeben wollte. Um so dankbarer aber ist es andererseits zu begrüßen, daß Deutschland, das bisher im Völkerbund nur das allseitig mißfällige Instrument zu seiner Vergewaltigung hat erlassen können, durch seine Vertreter von einem Schritt weitergegangen ist. Die Ausschlußbeschlüsse werden ein Kompromiß, das auf Kosten aller der Völker geschlossen worden ist, auf deren Rücken der Völkerbund errichtet wurde. Sie bleiben ein Kompromiß, das um des erhofften Zieles einer immer inniger werdenden christlichen Zusammenarbeit aller Nationen willen das namenlose Leid allzu leicht nimmt, das seit sechs Jahren für das deutsche Volk von Genossen angetragen ist. Ueber die Berechtigung dieser Beschlüsse sei kein Urteil gefällt; das Kongress mußte jeden Schein einer einseitigen politischen Parteinahme vermeiden, und der Vorwurf einer solchen wäre sofort erhoben worden, wenn man sich gegen den Völkerbund ausgesprochen hätte. Dem Geiste des Protestantismus aber, der heiligen Pflicht zum Protest, wo immer das Recht verweigert wird, dem lutherischen Bekenntnisse entspricht jedenfalls das Vorgehen der deutschen Vertreter, die offen anzusprechen wagten, was ist, und Deutschland ebenso wie der Sache des Rechts einen guten Dienst geleistet haben. Das lapidare Wort des Generalpräsidenten Klingemann aus Koblenz:

Der Völkerbundgedanke ist nicht zu unterschätzen, aber es ist unmöglich, in gegenwärtigen Zustände des Völkerbundes religiöse Kraft zu erkennen, der Völkerbund ist zurzeit der Würge eines unerträglichen Sündenbündes!

Vor diesem Forum gesprochen, wird in der ganzen Welt wiederhallen und wird gerade unter den besonderen Umständen einen Eindruck nicht verfehlen. Denn Deutschlands tätige Mitarbeit an dem Zustandekommen der Konferenz hat deutlich genug bewiesen, daß wir sehr wohl bereit sind, praktisch und unter vollem Einflusse unserer nationalen heiligen Werte an einer überparteilichen Arbeit für die Verwirklichung der großen Menschheitsideale mitzuwirken. Sobald sich aber herausstellt, daß diese Mitarbeit auf Kosten unserer völkischen Lebensrechte gehen soll, wird das christliche Deutschland nie seinen Verpflichtungen gegenüber der Idee der Nation, die es als göttliche Grundlage jeglicher menschlichen Höherentwicklung empfindet, antreten werden. Hier offenbart sich der grundsätzliche Unterschied zwischen der christlichen und der sozialistischen Internationale: letztere will das völkische Fundament preisgeben, um in der als gleichschicklich gedachten Menschheit aufzubauen, erstere hält entschieden und mit allen Kräften an der nationalen Idee fest, um der als verschleiernd betrachteten Menschheit den schwachen Abglanz göttlicher Anteilhaftigkeit zu verleihen.

In diesem letzten und tiefsten Sinne ist der christliche Gehalt durch die Haltung der deutschen Delegierten in Stockholm am vollkommensten zum Ausdruck gekommen und wird in allen wirklich christlich und also deutsch empfindenden Herzen einen dankbaren Widerhall finden.

Die Erziehung zum christlichen Charakter.

Stockholm, 27. August. Die Weltkirchenkonferenz behandelt heute die Frage der Kirche und die kirchliche Erziehung. Der erste Redner, Dr. William Adam Brown, New York, berichtete über die Kommissionsarbeit und erklärte u. a., die Kirche ist sich der Verantwortung in erzieherischen Fragen bewußt. Alle unter christlichem Einflusse stehenden Kreise müssen zusammenwirken, um eine wahrhaft kirchliche Erziehung herbeizuführen. Die Kommission befürwortet die Gründung eines internationalen Büros für Erziehung und Forschung, das in verschiedenen christlichen Kirchen eine Art Clearinghouse zur Information in kirchlichen und religiösen Fragen sein soll. Synodalpräsident Koch, Deisterreich, betonte, daß in der Erziehung die Zukunft der ganzen Nation liege. Darauf wurde das Thema:

„Erziehung des christlichen Charakters“

behandelt. Eingeleitet wurde die Erörterung durch Prof. Carnegie Simpson, Cambridge, der u. a. erklärte, der wirkliche Charakter beschaffte sich zuerst mit sich selbst, dann vermag er auch alles zu verstehen und allem zu helfen. Schließlich wagt er auch sich dorthin zu begeben, wohin ihn das Schicksal ruft. So war der Heldentum der größte Charakter der Geschichte.

Nach weiteren Ausführungen von Prof. Rendthoff, Reipzig sprach Prof. Fulton, Aberdeen über den religiösen Charakter, indem er u. a. sagte, der religiöse Charakter ist in seiner schönsten Gestalt in Christo offenbart. Excellenz Ilarion-Rumänien, der darauf das Wort ergriff, erklärte u. a., die transsilvanische evangelische Kirche besand sich früher in einer schwierigen Lage. Der Völkerbund hat jedoch die Verhältnisse sehr verbessert. Nach einer weiteren Rede des Bischofs Sarkis, Prag war dieser Beratungsgegenstand erledigt. (W. T. B.)

Beileid des Reichspräsidenten zum Tode Söhndorffs.

Mergentheim, 27. Aug. Reichspräsident v. Hindenburg hat an die Witwe des Feldmarschalls Conrad v. Söhndorff folgendes Beileidstelegramm gerichtet: „Gew. Erschens sende ich tiefbewegt den Ausdruck meiner tiefen Teilnahme. Der Entschlafene war mir ein lieber Kamerad, dem ich stets dankbare Erinnerung bewahren werde. Er ruhe in Frieden.“ (W. T. B.)

Mergentheim, 27. Aug. Nach einer Mitteilung des Bundeskanzleramtes für Wien übernimmt der österreichische Staat die Heimführung und Beisetzung des Marschalls von Söhndorff als Staatsbegräbnis. (W. T. B.)

Hindenburg nicht bei Ludendorff.

Berlin, 27. August. Die Meldung eines völkischen Münchener Blattes, daß der Reichspräsident v. Hindenburg den General Ludendorff ausfinden werde, entspricht nach Mitteilung von Berlin amtlichen Stellen nicht den Tatsachen. Ein solcher Besuch des Herrn Reichspräsidenten ist nicht beabsichtigt.

München, 27. August. Der Reichspräsident v. Hindenburg wollte vom Sonntag bis Mittwoch in Hall auf der Jagd als Gast der Familie des Hofmeisters Spensker. Am Abend Tage blieb er 1 1/2 Stunden in den Bergen. U. a. erlegte der Reichspräsident zwei starke Gemseböcke.

Lechter Ausgleichsversuch im Baugewerbe.

Vermeidung der Astenausperrung im Baugewerbe?

Günstige Aussichten der Verhandlungen in Berlin.

Berlin, 27. August. Der augenblickliche Stand der Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber im Baugewerbe im Reichsarbeitsministerium läßt den Schluss zu, daß die Aussperrungen großen Stils, die bisher zu erwarten waren, im Baugewerbe doch vielleicht zu vermeiden sein werden. Eine angekündigte große Sitzung hat bis zur Stunde noch nicht begonnen, dagegen verhandeln die neun Unternehmer und neun Arbeitnehmer unter Vorsitz des Ministerialrats Mewes. Anschließend an diese Sitzung wird eine größere Sitzung vor dem gesamten Plenum stattfinden.

Dazu wird in später Abendstunden noch gemeldet: In den heutigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dem Bauarbeiterstreik wurde von den Vertretern der Arbeitgeberverbände zugestimmt, daß den Hilfsarbeitern zwei bis drei Pfennig Erhöhung pro Stunde zugesprochen werden sollte. Die Höhe der Tiefbauarbeiter waren in den späteren Abendstunden noch nicht durchgeprüft worden. Nach diesem letzten Angebot zeigen sich beide Parteien zu einer letzten Beschlußfassung bereit.

Neue Erübungen?

Berlin, 27. Aug. Wie die Tel.-An. erfährt, hat die nach etwa 10 Arbeitsstunden geschaffene günstige Atmosphäre während der Verhandlungen in dem Baugewerbedenkonsult gegen Witternachts eine erneute Erübung erfahren, nachdem man sich schon über die Hauptpunkte geeinigt hatte. Es tauchten plötzlich über die Höhe in Anzahl und in Sachverhältnissen auf, die noch nach Witternachts beraten wurden. Es ist nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit ein Schiedsspruch erfolgt, wenn es die Parteien nicht vorgehen werden, am Freitag weiter zu verhandeln. (W. T. B.)

Generallöhnerhöhung des „Vorwärts“.

Berlin, 27. August. In der Rundschau sämtlicher Gewerkschaften der deutschen Unternehmervverbände über den Konflikt im Baugewerbe bemerkt der „Vorwärts“: Wenn es zu einer allgemeinen Stilllegung im Baugewerbe komme, wenn die Bauunternehmer tatsächlich die Bauarbeiter aussperrten sollten, dann würde es nicht bei der Stilllegung der Bau- und Baustoffindustrie bleiben. Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Verknüpfungen sind derart, daß sich über kurz oder lang die Folgen auch in anderen Industrien auswirken würden.

Der „Vorwärts“ verweist dabei in offenkundiger Absicht, zu drohen, auf den Beschluß des ADGB, der von vornherein seinen Zweifel daran gelassen hat, die gesamte finanzielle Kraft der organisierten Arbeiterschaft zur Unterfütterung der Bauarbeiter in Bewegung zu setzen. Die Einheitsfront der Unternehmervverbände wird unweigerlich die Einheitsfront der Arbeiterorganisationen im Gefolge haben.

Das Ringen um die Preissenkung.

Die Gewerkschaftsvertreter im Reichsarbeitsministerium.

Berlin, 27. August. Im Reichsarbeitsministerium fand am Donnerstag eine Besprechung mit den Vertretern der Gewerkschaften aller Richtungen statt. In der Aussprache wurde zunächst das Regierungsprogramm durch die Herren Staatssekretäre v. Trendelenburg und Ministerialdirektor Schäfer mitgeteilt und die Dosierung ausgeprochen, daß die Aktion der Regierung schon in kurzer Zeit sich fühlbar machen werde. Die Regierung erwarte jedoch, daß sie von allen Kreisen bei ihrem Vorgehen unterstützt werde. Eine Stabilisierung der Preise, besonders aber ein Zurückrücken unberechtigter Forderungen, sei unmöglich, wenn auf der anderen Seite Lohnforderungen gestellt würden, die in keinem Verhältnis zur allgemeinen Wirtschaftslage ständen. Lohnerhöhung verträge sich nicht mit Preissenkung, und wenn die Forderungen auf Erhöhung der Höhe auf der ganzen Linie durchgeführt würden, so bedeute das praktisch nur ein Sinken des Reallohns, weil im selben Augenblick auch die Warenpreise verkehrt ansteigen würden.

Seitens der Gewerkschaftsvertreter wurde die Bereitschaft ausgesprochen, an dem Problem der Preissenkung nach Kräften mitzuarbeiten. Man sei jedoch durch gewisse Vorkommnisse in der Vergangenheit sehr kritisch geworden, und erst dann, wenn die Maßnahmen der Regierung ihre Auswirkung zeigen, könne seitens der Gewerkschaften tatkräftig eingegriffen werden. Auf keinen Fall könnten die gewerkschaftlichen Organisationen sich heute dazu bereit erklären, einen „Blankowechsel“ zu unterschreiben.

Es wurde dann noch die im Augenblick so wichtige Frage der Lebensmittelpreise gestreift. Die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums betonten auch hier, daß eine Steigerung des Reallohns die Preisbremse weiter ansteigen würde, und das Reichswirtschafts- ebenso wie das Reichsarbeitsministerium seien besorgt, durch möglichst starke Behebung des freien Wettbewerbes preiswildernd zu wirken. Da es sich erwiesen habe, daß namentlich auf dem Fleischmarkt der Zwischenhandel unberechtigte Gewinne ziehe, werde es Sorge der Regierung sein, durch Annäherung der ländlichen Organisationen und der Konsumvereinigungen den Zwischenhandel nach Möglichkeit auszuscheiden. Die hierbei gemachten Erfahrungen würden der gesamten Bevölkerung zugute kommen.

Vor der energischen Anwendung der Kartellgesetze.

Berlin, 27. Aug. Im Reichswirtschaftsministerium fanden heute Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen, der Beamtenverbände und Konsumvereine statt. Dabei machte Ministerialdirektor Schäfer Mittelungen über die Absicht der Regierung, Annahme von den Kartellgesetzen ernstlich Gebrauch zu machen. Sie werde verhindern, daß die gegenwärtigen Zolltarife bis zum Abschluß erleichternder Handelsverträge zu Preissteigerungen ausgenützt werden. (T. U.)

Die Neuregelung der Fürsorgepflicht.

Reichsrat gegen Reichstag.

Berlin, 27. August. Der Reichsrat erklärte sich heute einverstanden mit einer Verordnung über Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Bundesheuergesetz und mit der Verordnung über Befreiung von der Umschmelzung. Der Reichsrat befähigte sich dann nochmals mit der Art, wie der Reichstag in seiner Sitzung vom 12. August den Einspruch des Reichsrats gegen die Neuregelung der Fürsorgepflicht abgewiesen hat. Es wurde hierzu eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Der Reichsrat legt entschieden Verwahrung ein gegen das Verfahren des Reichstages bei Behandlung des Einspruchs des Reichsrats gegen das Gesetz zur Abänderung der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 18. Februar 1924. Der Reichsrat vermag die Beschlußfassung des Reichstages vom 12. August als eine nochmalige Beschlußfassung über das Gesetz im Sinne des Art. 74 der Reichsverfassung nicht anzuerkennen. Der Reichstag wird nur durch eine der Geschäftsordnung des Reichstages entsprechende Beschlußfassung genügt. Der Reichsrat ersucht deshalb die Reichsregierung, dem Herrn

Ein Protest der Ruhrbergarbeiter.

Gegen eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruch.

(Durch Buntspruch.)

Essen, 27. Aug. Die Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen haben am Dienstag, dem 25. August, in einer längeren Aussprache erneut zum Vorkenntnis Stellung genommen und ein Protestschreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in dem sie erklären, die Verhandlung der Bergarbeiter hinsichtlich der Entlohnung sei ungerecht. Es liege darin eine Zurücksetzung gegenüber anderen Berufen. Sie ersuchen deshalb den Reichsarbeitsminister, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären. (W. T. B.)

Ende des belgischen Metallarbeiterstreiks.

Brüssel, 27. August. Wie „Le Soir“ wissen will, haben die Arbeitgeber den Einigungsorschlag des Zentralkomitees der Metallindustrie angenommen. Damit würde der Metallarbeiterstreik im wesentlichen sein Ende erreicht haben.

Sprengung des Schiedsgerichts im Lohnstreit der Eisenbahner.

Berlin, 27. Aug. Die Schlichtungskammer legte heute unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters a. D. Dr. Ditten von 11 Uhr vormittags bis nach 10 Uhr abends. Als die Arbeitnehmerseite erkannten, daß ihrer Forderung auf allgemeine Lohnerhöhung in dem Schiedsspruch nicht entsprochen werden würde, sondern daß die von der Reichsbahn vorgeschlagene örtliche Angleichung an die Löhne der vergleichbaren Industrien Ausflucht auf Annahme hatte, verließen ihre Vertreter in der Schlichtungskammer kurz vor der Abstimmung die Sitzung. Sie erklärten, daß sie in dem Verlaufe der Verhandlungen keinen realistischen Gang erblickten, wie er sonst üblich sei. Daher könnten sie nicht annehmen, daß ein Schiedsspruch zustande käme, der den Verhältnissen und der wirtschaftlichen Lage Rechnung trage. Die Arbeitnehmerseite erklärten daher ihre Mitarbeit an dieser Spruchkammer einzustellen. Durch dieses Verhalten der Arbeitnehmerseite wurde das Schiedsgericht gesprengt, bevor es einen Schiedsspruch gefaßt hatte. (W. T. B.)

Ende des Reichskommissariats für Ein- und Ausfuhr.

Berlin, 26. August. In der Presse wird die Nachricht verbreitet, daß zum 1. Oktober der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Liquidation tritt und daß mit dem nächsten Zeitpunkt die ein- und Ausfuhrverbote bis auf einen geringen Rest aufgehoben werden. Es trifft zu, daß in Aussicht genommen wurde, zahlreiche Einfuhrverbote im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Hauptteils der Zolltarifverträge aufzuheben. Es sind jedoch über den Umfang und Termin der Aufhebung endgültige Entscheidungen noch nicht getroffen. (W. T. B.)

Reichspräsidenten den Gewerkschaften zur Verhängung nicht vorzuliegen, bevor eine geschäftsordnungsmäßige Beschlußfassung des Reichstages über den Einspruch stattgefunden hat.

Ein Regierungsvertreter betonte demgegenüber, daß die Geschäftsordnung des Reichstages vorschreibe: Vorlagen des Reichsrates — und der Einspruch sei eine Vorlage — müßten wie Gesetzesentwürfe behandelt werden. Es seien übrigens Bestimmungen im Gange, die Differenz auf andere Weise aus dem Wege zu räumen. Man solle den Reichspräsidenten vor der Unannehmlichkeit bewahren, seinerseits zu einer Sache Stellung zu nehmen, die, wie der Reichsrat glaubt, noch gar nicht zur Stellungnahme reif sei.

Fortschreitende tschechische Bergewaltigung des deutschen Schulwesens.

(Som Sonderberichterstatter des W. T. B.)

Prag, 27. Aug. Nach den letzten Nachrichten aus den deutschsprachigen Gebieten der Tscheco-Slowakei häufen sich die tschechoslowakischen Gewaltakte gegen das deutsche Schulwesen von Tag zu Tag. So wurden in den Gebieten von Olmütz, Tetschen und Gablonz-Tannwald neue Schließungen deutscher Schulen von der tschechoslowakischen Behörde verfügt. Die „Prager Abendzeitung“ stellt fest, daß seit Gründung des tschechoslowakischen Staates ein volles Viertel des deutschen Schulwesens vernichtet worden ist. Im Bezirk Tetschen wurden jetzt 87 deutsche Schulklassen aufgelassen, wodurch die Gesamtzahl der dort aufgelassenen Schulklassen 100, also 32 Prozent des früheren Standes, erreicht hat. Im Gablonzer Schulbezirk wurden 30 deutsche Schulklassen aufgelassen, so daß jetzt Verhältnis herrschen wie vor 60 Jahren. Auch in diesem Bezirke erreicht die Gesamtzahl der bisher aufgelassenen Schulklassen 100. In Gablonz, einer deutschen Stadt mit 30 000 Einwohnern, gibt es nur noch dreiklassige Volksschulen. In Jenstsch wurde die 2. Klasse der seit 200 Jahren deutschen Volksschule deshalb geschlossen, weil von der vorgeschriebenen Zahl von 60 Kindern bloß 50 deutsche Kinder die Schule besuchten. (W. T. B.)

Angriffe der polnischen Presse auf die Reichswehr.

Warschau, 27. Aug. Die polnische Presse greift heute das deutsche Reichswehrministerium für die Abhaltung der Manöver der Reichswehr in Ostpreußen an. Die Presse meint, daß dies offensichtlich ein Protest gegen die polnischen Manöver bei Thorn sei und wenig für den Weltfrieden beitragen könne.

Das Berliner Polizeipräsidium und die Regelung von Demonstrationen.

Berlin, 27. August. Unter dem Vorsitz des Polizeiprääsidenten Dr. Friedensburg fand heute nachmittags im Polizeipräsidium eine Besprechung mit Vertretern der Verbände (vom Stahlhelm bis zum Roten Frontkämpferbund), der Gewerkschaften und Parteien über die Regelung von Demonstrationen statt. Der Zweck der Aussprache war, bei künftigen Demonstrationen Zusammenstöße und Störungen von Ruhe und Ordnung nach Möglichkeit zu vermeiden. Am Schluß der Aussprache stellte Dr. Friedensburg mit Befriedigung fest, daß der Wille, eine Wiederholung der Vorfälle der letzten Wochen zu verhindern, bei allen Beteiligten vorhanden war. (W. T. B.)

Großhandelsindexziffer.

Berlin, 27. August. Die auf den Stichtag des 26. August berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 19. August (181,8) um 5,3 Prozent auf 187,3 zurückgegangen. Gesunken sind die Preise für Getreide, Kartoffeln, Triebriemenleder, Baumwolle, Kupfer, Jinn, Petroleum und Benzol. Höher lagen die Preise für Zucker, Fertige, Rindfleisch, Hopsen, Schokolade, Baumwollgarne, Rohwolle, Hanf, Weiz und Sinf. Von den Hauptgruppen haben die Agrarprodukten um 12,8 auf 188,3 oder um 5,1 v. H. zugenommen, während die Industriestoffe mit 184,5 unverändert blieben.